In der vorliegenden Untersuchung setzt sich Dopsch mit der im vorigen Band (38 S. 382f.) dieser Zeitschrift besprochenen Abhandlung Steinackers auseinander, der eine umfassende Kritik der bisherigen Lösungsversuche des Problems durchgeführt hat.

Während Steinacker LR. II der habsburgischen Periode — erste Regierungshälfte Albrechts II. — zuweist, vertritt Dopsch die Auffassung, daß Ldr. I und II Aufzeichnungen des Rechtes seien, wie es um 1276 in Österreich bestand, die kürzere Fassung (Ldr. I) sei vielleicht 1281 ausgearbeitet und beide Teile seien durch das Zusammenwirken König Rudolfs und der Landherren zustande gekommen. Dopsch hält an dem Hauptergebnis seiner ersten Arbeit über das Landrecht (1892) fest, die den Mittelteil von LR. II als den Überrest einer Landesordnung König Ottokars von 1266 bezeichnet. Demgegenüber möchte ich doch dem von Steinacker betonten *testimonium ex silentio* Gewicht beilegen, daß die reichhaltige österreichische Geschichtsschreibung der Zeiten Ottokars nichts von einer solchen Landesordnung weiß, die doch ein politisches Ereignis erster Ordnung gewesen wäre.

Die eindringlichen, auf umfassender Quellenkunde ruhenden Einzelausführungen des gelehrten Verfassers bringen eine weitere Klärung der Streitfrage, die einer abschließenden Lösung noch harret.

Jena.

Eduard Rosenthal.

Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Rheinischen Städte. Kurtrierische Städte I. Trier. Gesammelt und herausgegeben von F. Rudolph. Mit einer Einleitung von G. Kentenich und zwei Stadtplänen. (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde XXIX.) Bonn, P. Hansteins Verlag, 1915. IV, 96*, 866 S. 8° mit 2 Plänen.

In der Reihe ihrer mit dem Recht der Klostergründung Siegburg 1907 durch Fr. Lau eröffneten „Quellen zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Rheinischen Städte“ hat die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 1915 die Rechtsdenkmäler der nächst Köln wichtigsten Stadt der Rheinlande, diejenigen Triers, herausgebracht. Die Bearbeitung erfolgte unter Oberleitung des bisherigen Koblenzer Archivdirektors Geheimrat Reimer, durch Professor Dr. Rudolph in Homburg v. d. H. Eine verfassungsgeschichtliche Einleitung von nahezu 100 Seiten steuerte der Trierer Stadtbibliothekar Dr. Kentenich bei, zur Zeit der beste Kenner der Trierer Geschichte, dem wir die unlängst erschienene umfangreiche Darstellung derselben verdanken. Auf Kentenichs Anregung sind der Ausgabe zwei Stadtpläne beigegeben worden: eine übersichtliche Karte zur älteren Verfassungsgeschichte von Trier (im Anschluß an G. Lehner und W. Fabricius) und, in Teilwiedergabe von Blatt VI (Karte von 1789) des geschichtlichen Atlas der Rheinprovinz, ein Kartenbild von Stadt und Umgebung im genannten Jahr.

Die Vorbedingungen für die Veröffentlichung der Trierer Quellen waren demnach günstige. Zu lange hatte die deutsche Rechtsgeschichte auf ihre gründliche Bekanntgabe warten müssen. Wer die Stadtrechtsforschung des letzten Menschenalters verfolgt hat, weiß, wie unsicher und tastend die Vorstellungsinhalte waren, in welchen man die Rechtsvergangenheit der moselländischen Metropole zu umspannen versuchte. Lamprecht und Schoop hatten bedeutsame Vorarbeiten geliefert, Rietschel und Keutgen in wichtigen Grundfragen die Bahn gebrochen. Heute liegt nun ein stattlicher Band (XXIV 96* [Einleitung Dr. Kentenich] und 875 Seiten Text) vor, der Benutzung erschlossen durch sorgfältige Namen- und Sachregister. Man möchte gerne die Hoffnung aussprechen, daß Trier mit dieser Quellenausgabe sich den ihm gebührenden Platz in der rechtsgeschichtlichen Forschung erringen werde. In drei Abteilungen wird der Stoff vorgelegt: I. Stadtrechte und Ordnungen (24 Stücke, 266 Seiten); II. Urkunden und Aktenstücke (508 Stücke, 447 Seiten); III. Stadtrechnungen, Amtslisten, Statistisches. Diese Einteilung, jedenfalls ihre Durchführung befriedigt nicht vollkommen, da auch die Abteilung II eine große Anzahl von Zunftsatzen und anderen Stücken rechtssatzmäßiger Natur enthält, die man mit demselben Recht in Abteilung I sucht. Für die rechtsgeschichtliche Handlichkeit dürfte nur eine Stoffanordnung angemessen sein, welche als Verfassungsurkunde alles unmittelbar auf die Entwicklung der Stadtverfassung abzielende Material (von den Privilegien und Handfesten angefangen bis zu den späten weitschichtigen Verhandlungen und Schiedsen über sich widerstrebende Hoheitsrechte) zusammenfaßt und sodann als „Stadtrechte und Ordnungen“ die eigentlichen Rechtssatzungen des städtischen Gemeinwesens folgen läßt. Ist der Stoff zu groß, so mag man von etwaigen Stadtrechten großen Stiles die Masse der städtischen Ordnungen abtrennen oder, im Hinblick auf die verschiedenen Interessenskreise der rechts- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung, einer Unterteilung der zweiten Gruppe Platz geben, die alle auf das Wirtschaftsleben, besonders auf Handel und Zünfte bezüglichen Stücke vom übrigen Stadtrechtstoffe abtrennt. Die vorliegende Veröffentlichung des Trierer Materiales ist denn auch nicht sehr übersichtlich geraten, um so fühlbarer, als ein Inhaltsverzeichnis der teils im Abdruck, teils im Regest mitgeteilten Stücke, ebenso aber auch eine chronologische Gesamttabelle sämtlicher in den drei Abteilungen aufgenommener Dokumente fehlen.

Die verfassungsgeschichtliche Einleitung Dr. Kentenichs ist eine beachtliche, tiefeschürfende Studie. Über den Rahmen der vielfach üblichen verfassungsgeschichtlichen Einleitungen geht sie erheblich hinaus und ist in Wahrheit der erste Versuch einer Gesamtdarstellung der Trierer Verfassungsgeschichte. Freilich vermag ihre Beigabe die angedeuteten Mängel ebensowenig zu beheben, wie das völlige Fehlen einer quellenkritischen Einleitung, die uns über die Entwicklung der Trierer Rechtsquellen, ihren Erhaltungsgrad, ihre Überlieferung und Bedeutung näher unterrichtet haben müßte. Wie die Dinge jetzt liegen,

muß der Benutzer aus mühsamer Überschau des umfangreichen Bandes die grundlegende Tatsache selbst ablesen, daß der eigentlich rechtsgeschichtliche Quellschatz von Trier beklagenswert dürftig ist. Sehen wir von dem altertümlichen, durch sein agrarisches Gefüge immer wieder verblüffenden ältesten sog. Trierer Stadtrecht (Nr. 1 des Bandes, von Prof. Rudolph um 1190, von Dr. Kentenich — im nämlichen Buche! — richtiger um 1164 datiert) ab, zu dem der *Liber annalium jurium archiepiscopi et ecclesiae Trevirensis* (Nr. 2) mit seinem auf die Stadt Trier bezüglichen Abschnitt eine wertvolle Ergänzung bildet, so enthält die ganze Abteilung „Stadtrechte und Ordnungen“, außer einigen Gerichtssatzungen (die älteste Erzbischof Werners „Ordnung des weltlichen Gerichts zu Trier von 1400“ und Amtsinstruktionen aus jüngerer Zeit) nur vier „Stadtordnungen“ seit 1540, die sich im wesentlichen in Ämterordnungen und Polizeiordnungen bekannten Gepräges erschöpfen. Insbesondere ist das an sich umfangreiche „Statutenbuch der Stadt Trier“ von 1594 (Nr. 16 Seite 85 bis 204) eine verhältnismäßig späte Zusammenstellung von Stadtsatzungen, die sich zunächst auf die Ratsverfassung und den Bürgereid, sodann in den zwei ersten Hauptteilen, einem regelrechten Ämterbuch, auf die Amtsobliegenheiten der einzelnen Stadtbediensteten, endlich in einem dritten Teil („dero Statt Trier Statuten und allerhand Policy-Ordnungen“) auf Bürgerrecht sowie auf die übrigen buntgewürfelten Inhalte städtischer Polizeiordnungen nach der Seite der Feuer-, Sicherheits-, Reinlichkeits-, Sitten-, Gewerbepolizei usw. erstreckt, ohne durch Stoffanordnung oder besondere Ursprünglichkeit des Inhalts hervorzufragen. Materielles Stadtrecht (Straf-, Prozeß-, Privatrecht) ist in dem ganzen Statutenbuch überhaupt nicht enthalten.

Doch entschädigt in nicht unbeträchtlichem Maße der zweite Hauptteil der Edition. Er enthält außer den wichtigsten verfassungsgeschichtlichen Urkunden seit dem 10. Jahrhundert zur Geschichte der Trierer Gewerbsämter und Zünfte, für deren Erkenntnis wir Keutgen soviel verdanken, manches wertvolle Stück. Hervorgehoben seien die Zunftsätze Erzbischof Balduins von 1350 über die gewerbeherrlichen Befugnisse gegenüber den je sieben sog. Kämmerern unter den Gerbern und Schustern (Nr. 52 Seite 313), denen sich gewerbegeschichtlich höchst bemerkenswerte Auseinandersetzungen zwischen diesen sog. Kämmerern und den freien Handwerkern beider Zünfte in den Jahren 1378 und 79 (Nr. 87, 88 Seite 362, 364) anschließen. Das erzbischöfliche Fischereiregal erfährt eine Beleuchtung durch ein altes Fischereirecht der Moselfischer von 1340 (Nr. 43 Seite 305f.), die heftigen und grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen Erzbischof und Stadt über die dortigen Hoheitsrechte, die zwischen 1351 und 1377 stattfanden und dem Stadtherrn schließlich doch das Übergewicht beließen, werfen zahlreiche verfassungsgeschichtliche Einzelpunkte auf und haben in einer Reihe wertvoller Stücke (Nr. 55f.) ihren Niederschlag gefunden. Ein Zolltarif von um 1400 (Nr. 102) sei noch hervorgehoben; er enthält für die Geschichte des westeuropäischen Pfundzolls belangreiche Sätze. Manches

andere im einzelnen wertvolle Stück zur Verfassungs- und Gewerbe-
geschichte übergehen wir.

So haben Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte, insbesondere
Gewerbe- und Handelsgeschichte, den Hauptanteil an der Sammlung und ihrer neu-
gehobenen Ausbeute. Im Gegensatz zur ersten Abteilung lassen die
im zweiten Teil mitgeteilten Stücke des 12. bis 14. Jahrhunderts die
Bedeutung der moselländischen Bischofsstadt besser erkennen. Doch
muß, wie Kentenichs Einleitung zeigt, das mittelhheinische Urkunden-
buch begreiflich immer mit herangezogen werden. Für die fernere Ver-
fassungsentwicklung Triers bis zum Ende des Kurstifts sind dagegen
in dem Bande alle Entwicklungsphasen des Verfassungslebens so gut
belegt, daß Kentenich danach ein sicheres Bild dieser Verfassungs-
entwicklung von Trier zeichnen konnte. Es sei gestattet, in Kürze auf
einige Hauptpunkte seiner Verfassungsskizze hinzuweisen. Die schwie-
rigen Fragen liegen nach wie vor in der Frühzeit des alten Trier. Hier
steht die Dürftigkeit des überlieferten Materials überall sehr hinderlich
im Wege. Man wird gleichwohl Kentenich, der stets nach quellenmäßig
gesicherten Ergebnissen strebt, mit dem Beifall folgen, den ein so ernst-
haft unternommener Versuch, trotz dieser Hemmungen endgültig ein
geschlossenes Bild zu geben, verdient. Wir wissen heute besser als zuvor,
daß das mittelalterliche Trier als Handelsplatz jahrhundertlang gegen-
über anderen Städten, etwa im Vergleich mit Mainz und Köln oder mit
Metz und Lüttich, zurücksteht. Es bewahrte länger jene eigentümliche
Beimischung grundherrlich-agrarischer Zustände, die aus seinem ältesten
Rechtsdenkmal zu uns sprechen, als jene führenden Handelsstädte.
Darum gingen auch nicht von Trier schöpferische Antriebe in der städti-
schen Verfassungs- und Rechtsentwicklung Westdeutschlands aus. Natür-
lich bleibt auch in und nach Kentenichs Zeichnung manches zweifelhaft.
Für die bischöfliche Stadtherrschaft, für die Entwicklung von Königsgut
und Grafschaft zur Immunität und Vogtei, für die schon von Rietschel
ins Licht gestellte Burggrafschaft, für die Entwicklung von Markt und
Münze bieten die Nachrichten des 8. bis 11. Jahrhunderts genügende
Unterlagen. Der Erzbischof, schon in der Figur des großen Niketius
im 6. Jahrhundert in machgebietender Stellung, wird mit den ihn früh
umgebenden reichen Klöstern Herr im Land; der bedeutende königliche
Grundbesitz geht auf ihn über. Für die Entwicklung des Handels nimmt
Kentenich als erste Phase eine ins 6. Jahrhundert zurückreichende
bischöfliche Schöpfung eines basarartigen Warenstapels zwischen Mosel
und Dom, innerhalb der alten Römerstadt, im Zusammenhang mit der
damals erfolgten Gründung der St. Martinskirche an. Freilich dürfte
jenes frühe Handelsleben Triers sich nicht mit Köln und anderen Plätzen
haben messen können. Eine eigentliche Marktgründung erfolgt erst in
der Mitte des 10. Jahrhunderts; ihr einzigartiges Denkmal ist das heute
noch stehende Trierer Marktkreuz Erzbischof Heinrichs. Daß das Markt-
land gegen Hofstättenzins nach Gründerleihe ausgetan worden sei, wie
Kentenich annimmt, muß bei dem heutigen Stand der städtevergleichenden
Forschung im Hinblick auf Köln und andere Städte als möglich

zugegeben werden. Bewiesen hat er es freilich nicht, denn die von Kentenich herangezogenen Jahreszinsen von einigen Fleisch- und Brotbänken in den stadtherrlichen Gewerbsplätzen sagen nichts Entscheidendes für allgemeines Vorliegen der Zinsleihe und gegen freies Eigen aus, soweit die Hausgrundstücke der Marktansiedler in Betracht kommen. Auch geht Kentenich fehl, wenn er für eine solch frühe Zeit Leihgut und Eigen gleichsetzt. Sehr beachtenswert ist die Identifizierung des alten Gerichtsbezirks von Trier mit einem Unterbezirk der Trierer (Eurener) Hundertschaft, die Kentenich mit viel Scharfsinn verfiucht. Die Sache wird aber noch rechtsvergleichender Vertiefung bedürfen. Wir hätten dann in Trier eine ähnliche Entwicklung vor uns, wie sie Philippi für die westfälischen Bischofsstädte herausgestellt hat. Durch den frühen Übergang der Gerichtshoheit auf den geistlichen Stadtherrn in einem größeren Landbezirke wäre der Exemptionsprozeß des Stadtgebietes auf rein immunitätsrechtlicher Grundlage überflüssig geworden; es konnten sich dann vielmehr ältere Dingverbände in engerer Beziehung mit der werdenden Stadt erhalten. Der Gegensatz des Euricher Hundertschaftsgerichts, an dem die Stadt Trier selbst sicher teilhatte und das sich durch seine Zenturionenverfassung und durch seine Zuständigkeit in Hoch- und Rügegerichtssachen charakterisiert, zum Burding der Stadt Trier selbst als agrarischem Märkerding, mit dem Trierer Zenturio (Zender) und einer Schöffenbank an der Spitze, wird von Kentenich sicher festgestellt. Zu der Hundertschaftstreitfrage harren in den Sätzen der Eurener „Gondelgedings“ merkwürdige Quellenstellen weiterer Verwertung. Auf die Untersuchung der Gerichtsgrenzen des alten Hundertschaftsbezirks, der engeren Trierer Mark, der karolingischen Grafschaft und der späteren Vogtei sei hingewiesen. Danach scheinen in der Tat Trierer Vogtei und alter Hundertschaftsbezirk zusammenzufallen, wobei allerdings der Vogt für Stadt und Land getrennte Dingtage hielt. Die Bildung des Trierer Schöffenkollegs mit 14 Mitgliedern glaubt Kentenich aus einer Vereinigung der Marktschöffen mit der Schöffenbank des agrarischen Märkerdings, die er in die Zeit des mittelalterlichen Mauerbaus zu Beginn des 12. Jahrhunderts legt, erklären zu können. Im Aufbau der Gemeindeorganisation von Trier bleibt die Stellung der Conjuratio des 12. Jahrhunderts, die aus Friedrichs I. Verbot seit langem bekannt ist und die Kentenich jetzt lediglich als eine gegen das altfreie Schöffenkolleg gerichtete politische Organisation deutet, deren Hauptträger Ministerialen, besonders Münzerhausgenossen gewesen seien, trotz der plausiblen Argumentation Kentenichs noch eine offene Frage. Ihre weitere Aufhellung wird von den 18 bis 19 Conjurati, die in den Zeugenreihen des 13. Jahrhunderts neben den Schöffen begegnen, ausgehen müssen. Im ganzen dürfte Kentenich dem agrarischen Unterbau des mittelalterlichen Trier für die weitere Verfassungsentwicklung eine etwas zu große Bedeutung beilegen. Die öffentlich-rechtlichen Elemente, besonders das Marktgericht des Schultheißen, treten zu sehr zurück. Und wenn auch das alte Burding des Trierer Centurio dauernd ein Element der städtischen Verfassung blieb, so muß doch auch seine Stellung mit

der Entwicklung des eigentlich städtischen Lebens allmählich gesunken sein.

Diese Andeutungen, denen sich noch vieles über die Entwicklung der Ratsverfassung usw. anreihen ließe, mögen genügen, um nachdrücklich die Aufmerksamkeit der Fachgenossen auf diese verfassungsgeschichtliche Studie zu lenken. Sie im einzelnen kritisch zu verfolgen, dazu ist hier nicht der Ort, wo es gilt, im wesentlichen die Ausgabe als Ganzes, als Quellenausgabe in ihrer Bedeutung für die rechtsgeschichtliche Forschung zu würdigen.

Die Behandlung der Texte mag im allgemeinen Billigung finden, besonders was die Grenzziehung zwischen Vollabdruck und Regest anlangt. Manchmal ist freilich das Regest, das den Druck doch nie ersetzen kann, zu lang (vgl. Nr. 11 Seite 279), anderwärts zu knapp (vgl. z. B. Nr. 289 Seite 537f.) geraten. Nicht immer ist Textwiedergabe und Regest referat sauber auseinandergehalten (z. B. Seite 56), Verweisungen in Anmerkungen sind angesichts des Fehlens eines Inhaltsverzeichnisses zu ungenau (z. B. Seite 350, 351); nicht unbedenklich ist die vom Herausgeber gelegentlich vorgenommene Änderung in der Textfolge der Vorlage (z. B. in der Amtsordnung Nr. 14 Seite 59f.). Durch Wechsel im Druck, Sperren von Überschriften, Abheben der neuen Absätze hätte sich vielfach eine höhere Übersichtlichkeit unschwer erzielen lassen. Zur Erleichterung der Benutzung vermißt man in größeren Stücken ungern die Bezifferung der Abschnitte (z. B. im Statutenbuch von 1593/94, etwa Seite 196f.). Nur vereinzelt hat der Herausgeber größeren Stücken eine Inhaltsübersicht vorangestellt (so Nr. 171 Seite 444). Doch sollen diese Ausstellungen dem Verdienst der Publikation nicht in den Weg treten.

Für den Fachrechtshistoriker ist die folgende Bemerkung des Bearbeiters nur ein geringer Trost. Er sagt einleitend: „Bei der Auswahl der einzelnen Stücke war ich bestrebt, alles, was ein rein privates Gepräge trägt, auszuschließen und nur das, was die Trierer Gemeinde, d. h. die Öffentlichkeit angeht, in die Sammlung aufzunehmen.“ Es ist zu hoffen, daß Professor Rudolph mit den Stücken „rein privaten Gepräges“ nur Urkunden über Privatrechtsakte ausschließen wollte, nicht auch privatrechtliche Statuten. Dann steht die beklagenswerte Dürre des Trierer Materials, soweit geschriebene Satzung in Betracht kommt, für Privatrecht und Strafrecht endgültig fest. Der Rechtszustand beruht hier also nahezu völlig auf gewohnheitsrechtlicher Entwicklung, wenn man nicht annehmen will, daß wichtige alte Rechtsaufzeichnungen unwiederbringlich verlorengegangen sind. Dann bleibt aber nur übrig, an der Hand des Privaturkundenmaterials, zu dem schon die alten Traditionen, dann aber besonders die Stadtbücher seit dem 15. Jahrhundert Material beisteuern, die Privatrechtsgeschichte der Hauptstadt des Mosellandes aufzubauen, während für die Strafrechtsentwicklung die Unterlagen dürftiger zu sein scheinen.

München.

Konrad Beyerle.